



AKTUELLES AUS DEM EU-PARLAMENT PLENARDEBATTE IN STRASSBURG MAI 2013



Barbara Weiler MdEP





INHALTSVERZEICHNIS

WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

- a) Abgeordnete fordern EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht..... 1
- b) Parlament unterstützt Pläne für EU-Bankenaufsichtssystem..... 2

INTERNATIONALER HANDEL

- a) EU/US-Handelsgespräche: Das Parlament an Bord behalten..... 3
- b) Wiedereinführung der allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus Myanmar..... 4
- c) EU-Parlament fordert Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bangladesch..... 4

INSTITUTIONEN

- Ende Mai statt Anfang Juni: Europawahlen 2014 zwei Wochen früher..... 4

GESUNDHEIT

- Geänderte Vorschriften für Haustiertransport..... 5

ENERGIE

- Offshore-Gewinnung von Öl und Gas: Schärfere Vorschriften für Sicherheit und Umweltschutz..... 5



WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

a) Abgeordnete fordern EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht

Die EU-Mitglieder sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, die Steuerlücke von einer Billion Euro bis 2020 mindestens zur Hälfte zu schließen, fordert das Parlament in einer Entschließung. Die Abgeordneten verlangen von den EU-Ländern eine Einigung über Maßnahmen gegen Steueroasen, die Bekämpfung aggressiver Steuerplanung sowie die Schließung von Gesetzeslücken, die Steuerumgehungen erlauben.

In einer weiteren Entschließung werden die Vorteile einer verbesserten Koordinierung der unterschiedlichen Steuersysteme für die EU-Mitglieder hervorgehoben.

Schließung der Steuerlücke

Das Hauptziel sei, die Steuerlücke zu schließen, die laut dem Entschließungstext der Verlust an öffentlichen Einnahmen durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ist, aber auch durch legale Steuerumgehungen und aggressive Steuerplanung, die Gesetzeslücken ausnutzt, sowie durch Unstimmigkeiten zwischen den Steuersystemen, und den Mangel an EU-interner und internationaler Zusammenarbeit.

Schätzungen zufolge geht in der EU alljährlich eine Billion Euro an öffentlichen Mitteln durch Steuerbetrug und Steuerumgehungen verloren. Diese Steuerlücke kostet jeden europäischen Bürger im Jahr etwa 2000 Euro.

Schwarze Liste von Steueroasen

Um Steuerbetrug und -hinterziehung zu bekämpfen, fordern die Abgeordneten die EU-Länder dazu auf, eine eindeutige einheitliche Begriffsbestimmung für Steueroasen zu beschließen sowie eine europäische schwarze Liste der Steueroasen aufzustellen.

Keine öffentlichen Mittel für Steuerschummelei

Die Verpflichtung für EU-Mitglieder, die finanzielle Unterstützung beantragen, ihre Kapazitäten in den Bereichen Steuererhebung und Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verbessern, sollte sich auch auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerumgehungen und aggressiver Steuerplanung erstrecken, so die Abgeordneten.

Unternehmen, die gegen die Steuernormen der EU verstoßen, sollten keine EU-Mittel oder staatlichen Beihilfen erhalten, so die Entschließung, deren Text auch alle Unternehmen, die an öffentlichen Auftragsvergabeverfahren teilnehmen, zur Offenlegung von Informationen, die mit Strafen oder Urteilen aufgrund steuerrechtlicher Delikte im Zusammenhang stehen, verpflichten will.

Zölle und Mehrwertsteuer

Da die EU keine Kompetenzen im Bereich der Steuerpolitik hat, bleibt es weitgehend den Mitgliedstaaten überlassen, den Kampf gegen Steuerbetrug zu intensivieren. Die Abgeordneten fordern sie dazu auf, zusammenzuarbeiten, um



- 2 -

Steuerbemessungsgrundlagen zu harmonisieren sowie Maßnahmen durchzusetzen, die die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen zur Steuerumgehung verhindern können, und Steuer- sowie Zolldaten abzugleichen, um Mehrwertsteuerbetrug zu verringern.

b) Parlament unterstützt Pläne für EU-Bankenaufsichtssystem

Die Abgeordneten haben den Gesetzesentwurf für die Einrichtung eines einheitlichen EU-Bankenaufsichtssystems angenommen. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird die größten Banken der Eurozone direkt beaufsichtigen und ein Mitspracherecht bei der Überwachung anderer Banken erhalten. Das Parlament wird jedoch die endgültige Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt abhalten, um mehr Zeit für Gespräche mit der EZB über detaillierte Bestimmungen zur Rechenschaftspflicht zu gewinnen.

Die Berichterstatter des Parlaments haben darauf bestanden, dass die Regeln zur Rechenschaftspflicht der Bedeutsamkeit der neu geschaffenen oder auf EU-Ebene verlagerten Aufsichtsbefugnisse entsprechen müssen. Die EZB mit ihren neuen Kontrollfunktionen müsse in dieser Rolle offener und stärker rechenschaftspflichtig werden als in ihren währungspolitischen Funktionen.

In den folgenden zentralen Punkten hat sich das Parlament mit Verbesserungen durchgesetzt:

- Stärkere Rechenschaftspflicht für die Aufsichtsbehörde, auch durch die Zustimmung des Parlaments zur Ernennung des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats und deren mögliche Entlassung;
- Stärkere Rolle für nationale Parlamente, auch durch Anhörungen des Vorsitzenden und der Mitglieder des Aufsichtsrats sowie die Möglichkeit, schriftliche Stellungnahmen der Aufsichtsbehörde anzufordern;
- Besserer Zugang zu Dokumenten, einerseits für die EU-Aufsichtsbehörde gegenüber den Banken sowie andererseits für das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gegenüber der EU-Aufsichtsbehörde;
- Der Beitritt zum Aufsichtssystem soll attraktiver gestaltet werden, um möglichst viele Länder, die nicht der Eurozone angehören, zur Teilnahme zu bewegen, damit das Risiko einer Fragmentierung des Binnenmarkts verringert wird;
- Strikte Trennung der EZB-Belegschaft zwischen den Bereichen für Währungspolitik und für Bankenaufsicht, um die Rechenschaftspflicht für den Aufsichtsbereich zu gewährleisten, und
- Stärkung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) gegenüber der EZB, ebenso wie die Verbesserung ihrer Fähigkeit, "stress tests" durchzuführen sowie Informationen von Banken und nationalen Aufsichtsgremien zu erhalten. Die EBA soll auch mit der Aufgabe betraut werden, die Methoden der nationalen Aufsichtsbehörden anzugleichen, ohne dabei die Vielfalt des EU-Bankensektors einzuschränken



INTERNATIONALER HANDEL

a) EU/US-Handelsgespräche: Das Parlament an Bord behalten

Das Parlament muss bei den Verhandlungen mit den USA über die wahrscheinlich weltweit größte Freihandelszone, die es jemals geben könnte, eingebunden bleiben, warnen die Abgeordneten in einer EntschlieÙung. Sie befürworten den Beginn der Handelsgespräche, machen aber auch deutlich, dass sie beispielsweise Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen in den USA erwarten, oder den Schutz des EU-Marktes für kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen.

Neben der Zustimmung für den Beginn der Handelsgespräche erinnerten die Abgeordneten die Verhandlungsführer an ihre Pflicht, das Parlament "unverzöglich und umfassend" in allen Phasen der Verhandlungen zu unterrichten. Sie wiesen darauf hin, dass keine Einigung in diesen Gesprächen ohne die Zustimmung des Parlaments wirksam ist, und dass "seine Positionen daher in allen Phasen in angemessener Weise berücksichtigt werden sollten".

Prioritätenliste des Parlaments: Beseitigung von Beschränkungen...

Die Abgeordneten erwarten, dass das Abkommen EU-Unternehmen, vor allem KMU, neue Chancen eröffnet, indem zum Beispiel die EU-Kommission sich für uneingeschränkten Zugang für europäische Unternehmen zum öffentlichen Beschaffungswesen in den USA einsetzt - hierzu arbeitet Barbara Weiler (S&D) derzeit als Berichterstatterin für die sozialdemokratische Fraktion an einem weiteren Dossier, dass einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen sicherstellen soll.

...und Schutz von Werten

"Rote Linien" ziehen die Abgeordneten bei wichtigen europäischen Werten. Hierzu gehören das Vorsorgeprinzip der EU bezüglich Lebensmittelsicherheit, so wie bei genetisch veränderten Organismen (GVO), Klonen, geistiges Eigentum als Eckpfeiler von Europas wissensbasierter Wirtschaft, die geschützte Ursprungsbezeichnung und ein umfassender Schutz personenbezogener Daten. Die Abgeordneten unterstreichen ebenfalls, dass die ehrgeizigen Umweltschutzziele der EU nicht untergraben werden dürfen.

"Kulturelle Ausnahme"

In einer getrennten Abstimmung beschlossen die Abgeordneten, die Ausklammerung von Diensten mit kulturellen oder audiovisuellen Inhalten, auch online, im Verhandlungsmandat eindeutig festzuhalten, um die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der EU nicht zu gefährden.

Hintergrundinformationen

Aktuellen Folgenabschätzungsberichten zufolge könnte der freie Handel mit den USA das BIP der EU um einen halben Prozentpunkt ansteigen lassen, was ein jährliches Plus von 545 Euro pro Familie in der EU bedeutet.

Zeitplan

Der Ministerrat wird voraussichtlich im Juni die Eröffnung der Verhandlungen bewilligen sowie entsprechenden Verhandlungsrichtlinien zustimmen. Die Gespräche könnten dann im Juli beginnen. Die EU-Kommission hofft, sie bis Ende 2014 abschließen zu können.



- 4 -

b) Wiedereinführung der allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus Myanmar

Das Europäische Parlament hat entschieden, dass Myanmar nach 16 Jahren wieder „Allgemeine Zollpräferenzen“ (ASP) bei der EU genießt. Damit wurde eine weitere Sanktion aufgehoben, die dem Land wegen der schlechten Menschenrechtslage auferlegt worden war.

c) EU-Parlament fordert Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bangladesch

Europäische Unternehmen sollen auch in Drittstaaten zu ihrer Verantwortung stehen. Mit einer überfraktionellen Resolution brachten die Europaabgeordneten ihre Anteilnahme über den tragischen Gebäudeeinsturz einer Textilfabrik in Dhaka, Bangladesch Ende April zum Ausdruck. Über 1.100 Menschen fielen dem Unglück zum Opfer, mehr als 2.500 Menschen wurden verletzt. Bereits im November 2012 kamen 112 Menschen bei einem Feuer in einer Textilfabrik in Bangladesch zu Tode.

"Es muss endlich sichergestellt werden, dass europäische Unternehmen sich auch in Drittsatten sozial und ökologisch verantwortlich verhalten. Die Pläne der EU-Kommission, europäische Großunternehmen zu verpflichten, Auskunft über ihre Umsetzung von Sozial-, Arbeitnehmer- und Menschenrechtsstandards zu geben, müssen deshalb schnellstmöglich umgesetzt werden", so die Abgeordneten.

Gleichzeitig begrüßen die Europaparlamentarier in ihrer Resolution den Beitritt von über 30 westlichen Firmen zu einem von Gewerkschaften ausgehandelten Abkommen für Gebäudesicherheit und Brandschutz. Mehr als 1.000 Fabriken sind damit Teil eines Verbesserungsprogramms, das für Beschäftigte und ihre lokalen Gewerkschaften zentrale Funktionen vorsieht und die teilnehmenden Unternehmen finanziell an den Sanierungen der Fabriken beteiligt. Mehrere westliche Konzerne verweigern sich jedoch bisher dieser Initiative.

INSTITUTIONEN

Ende Mai statt Anfang Juni: Europawahlen 2014 zwei Wochen früher

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sollen nächstes Jahr vom 22.-25. Mai stattfinden, und nicht wie ursprünglich geplant vom 5.-8. Juni. Das hat das Plenum bestätigt. Durch die Vorziehung hätte das neugewählte Parlament mehr Zeit, sich auf die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission im Juli 2014 vorzubereiten.

Nach Anhörung des Europäischen Parlaments müssen die Vertreter der Mitgliedstaaten im Ministerrat den Zeitraum für die Europawahlen einstimmig beschließen. Diese Abstimmung wird erwartungsgemäß im Juni stattfinden.



GESUNDHEIT

Geänderte Vorschriften für Haustiertransport

Das Parlament stimmte über neue Vorschriften zum Transport von Haustieren zu anderen als Handelszwecken ab. Sie sollen den grenzüberschreitenden Tiertransport erleichtern und die Tiergesundheitsvorschriften verschärfen. Tierhalter sollen ebenfalls einfacheren Zugang zu Online-Informationen bekommen.

Haustierbesitzer sollten sichergehen, dass die Tollwutimpfungen ihrer Tiere noch gültig sind. Jungtiere im Alter zwischen 12 und 16 Wochen, die gegen Tollwut geimpft wurden, jedoch noch nicht vollständig immunisiert sind, sollten trotzdem auf Reisen mitgenommen werden dürfen.

ENERGIE

Offshore-Gewinnung von Öl und Gas: Schärfere Vorschriften für Sicherheit und Umweltschutz

Das Parlament hat die neue Richtlinie zur Sicherheit von Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten verabschiedet. Nach diesen Bestimmungen müssen Öl- und Gasunternehmen künftig nachweisen, dass sie zur Deckung potentieller Haftungsansprüche, die sich aus ihren Tätigkeiten ergeben, in der Lage sind, und Gefahrenberichte sowie Noteinsatzpläne vorlegen, bevor sie mit den Aktivitäten beginnen können.

Alle Betreiber sollten sicherstellen, dass sie auf "ausreichende materielle, personelle und finanzielle Ressourcen zugreifen können, um die Auswirkungen schwerer Unfälle zu minimieren und zu beheben".

Bericht über ernste Gefahren

Bevor sie mit ihren Aktivitäten beginnen, müssen Bohrunternehmen den nationalen Behörden einen Bericht über ernste Gefahren vorlegen, in dem die Förderanlagen, potentielle Gefahren sowie Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer beschrieben werden.

Noteinsatzpläne und Haftung

Die Betreiber werden ebenfalls dazu verpflichtet, interne Notfalleinsatzpläne vorzulegen, die eine Beschreibung der verfügbaren Ausrüstungen und Ressourcen, der geplanten Maßnahmen bei Unfällen sowie der Vorkehrungen zur Begrenzung der Risiken und zur frühzeitigen Meldung des Unfalls an die zuständigen Behörden enthalten müssen.

Parallel müssen die EU-Mitgliedstaaten externe Notfalleinsatzpläne erstellen, die sich auf alle Offshore-Erdöl- und -Erdgasanlagen erstrecken, die ihrer Rechtshoheit unterstehen.



- 6 -

Keine Lizenz soll erteilt werden, solange der Antragsteller nicht "nachgewiesenermaßen angemessene Vorsorge dafür getroffen hat oder treffen wird, dass Haftungsverbindlichkeiten, die aus seinen Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten entstehen könnten, gedeckt sind".

Rolle der Gewerkschaften gestärkt

Auch wurde die Rolle der Gewerkschaften auf der Bohrplattform gestärkt: künftig werden sie bei der Erarbeitung von Notfallplänen einbezogen werden. "Das sorgt für mehr Sicherheit der Beschäftigten auf der Plattform. Dieser Punkt war uns Sozialdemokraten in den Verhandlungen besonders wichtig", so der S&D-Europaabgeordnete Norbert Glante.